

Die Zeit der Euphorie für die 2. Säule ist vorbei. So beschreibt Hans-Ulrich Stauffer, Geschäftsführer der Stiftung Abendrot, die Desillusionierung folgendermassen: «Hätten wir in den 80er-Jahren gewusst, was sie an Problemen bringen kann, wären wir wohl nicht so euphorisch dahintergegangen.» Die berufliche Vorsorge ist und bleibt ein Sozialwerk. Ihre Flexibilisierung bleibt – auch im überobligatorischen Teil – eine Gratwanderung. Beat Kappeler, Wirtschaftspublizist, warnt: «Hüten wir uns dabei vor neuen Umverteilungen. Dafür ist nicht die berufliche Vorsorge, sondern die AHV da.»

## «Eine individuellere Ausgestaltung der Vorsorgepläne ist ohne Verletzung des Solidaritätsgedankens machbar.»

Roland A. Müller

### Das Ende der Solidargemeinschaft?

Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels verliert der Solidargedanke an Bedeutung. Enno Rudolph, Professor für Philosophie an der Universität Luzern, bringt diese Entwicklung auf den Punkt: «Der Trend zu einem verstärkten Individualismus liegt im Zug des Liberalismus und der Globalisierung. Die berufliche Vorsorge kann und darf sich nicht dagegen sperren, sondern muss konstruktive Lösungen erarbeiten.» Prof. Dr. Roland A. Müller, Geschäftsleiter beim Schweizerischen Arbeitgeberverband, wehrt sich jedoch gegen eine Umkrepelung des bestehenden Systems: «Das System auf den Kopf stellen

bringt nichts.» Müller sieht in der zunehmenden Individualisierung keine direkte Gefahr für die berufliche Vorsorge: «Eine individuellere Ausgestaltung der Vorsorgepläne ist ohne Verletzung des Solidaritätsgedankens machbar.» Hans-Ulrich Stauffer ist skeptischer: «Das Ende der Solidargemeinschaft würde zwangsläufig das Ende vieler Pensionskassen bedeuten.» Er befürchtet, dass es in einem freien Markt zum «Pensionskassentourismus» käme, wie man ihn von den Krankenkassen her kennt. Beat Kappeler wiederum fordert dazu auf, die Probleme nicht nur bei den Pensionskassen zu suchen. Schliesslich hätten zwischen 190 000 und 300 000 Beschäftigte in der Schweiz ihre 2. Säule anderswo. Kappeler weigert sich, die Solidarität innerhalb der 2. Säule hochzujubeln: «Beispielsweise verschlechtern die höheren Prämien der älteren Arbeitnehmer deren Aussichten am Arbeitsmarkt nachhaltig.»

### Ein Qualifizierungs- und Führungsproblem

Es gelang dem Podium trotz der einschlägigen Frage der Moderatorin Ellinor von Kauffungen nicht, den Optimierungsbedarf der 2. Säule genauer zu lokalisieren. Wohin führt die Reise? Denkbar sind eine vermehrte Individualisierung der Anlagepläne nach den Risiken, welche die Versicherten zu tragen bereit sind, sowie – was vor allem Hans-Ulrich Stauffer scharf ablehnte – Prämiendifferenzierungen nach dem Geschlecht aufgrund der höheren Lebenserwartung der Frauen oder bei branchenübergreifenden Einrichtungen Prämienabstufungen nach den spezifischen Berufsrisiken, etwa Invalidität. Das alles würde die Transparenz des Systems kaum fördern. Änderungen im System müssten, falls überhaupt wünschenswert, transparent und verständlich sein. Dabei stellt sich bereits die Frage, ob die heutigen Verantwortlichen fähig genug sind, an entsprechenden Problemlösungen zu arbeiten. Auf keinen

Fall dürfen diese von der Politik unter Missachtung der Sozialpartner, der eigentlichen Träger der 2. Säule, aufgezwungen werden.

### **Freie Kassenwahl im Interesse wessen?**

Der einzige dezidierte Befürworter der freien Kassenwahl, Beat Kappeler, knüpfte sein Postulat an die Bedingung, dass Arbeitgeber weiterhin ihre Grosszügigkeit ausspielen dürften. Prof. Dr. Roland A. Müller hält dies nur in einem Rahmen für möglich, in welchem die freie Wahl nicht individuell, sondern kollektiv durch die Arbeitgeber und ihre versicherten Arbeitnehmer ausgeübt werden kann. Dies ist aber bereits im geltenden System grundsätzlich möglich. Die Bildung neuer, in ihren Perspektiven kaum abschätzbarer Solidargemeinschaften ist seiner Meinung nach unerwünscht.

«Hören wir doch damit auf, das Problem nur bei den Pensionskassen zu sehen.»

Beat Kappeler

Das Transparenzproblem ist universell und wird durch die freie Kassenwahl nicht gelöst. Prof. Enno Rudolph sieht in der wachsenden Medienmacht einen grossen Beitrag zur Lösung des Transparenzproblems. Die öffentliche Kontrolle durch die Medien ist die wirksamste Missbrauchsbekämpfung. Neben dem Konditionenwettbewerb gibt es in zunehmendem Masse auch einen Wettbewerb der Unterneh-

«Der Trend zu einem verstärkten Individualismus liegt im Zug des Liberalismus und der Globalisierung.»

Enno Rudolph

mungskulturen, und das gilt auch für die berufliche Vorsorge.

### **Dynamik, nicht Immobilismus**

Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre nach übereinstimmender Auffassung der Podiumsteilnehmer ein von der Politik bewirkter Immobilismus mit Blockaden aufgrund von Partikularinteressen. Falsche Parameter stützen unheilige Allianzen. Diese wirken zurzeit insbesondere in Richtung Überregulierungen, wie auch die neuen Bestimmungen über die Stiftungsräte erahnen lassen. Die Zukunft der beruflichen Vorsorge liegt nicht in der Systemwahl – diese ist ein für alle Mal geschehen und entspricht dem gemeinsamen Willen der Sozialpartner –, sondern in mehr Mobilität bei Fortbestand einer laufend zu überprüfenden Sozialgemeinschaft. Nicht grosse Würfe sind gefragt, sondern Knochenarbeit am Detail. ■

### **Richard Schwertfeger**

Dr. rer. pol., Bundeshausjournalist